

Benjamin von Brackel und Christian Mihatsch

Gefordert: Die grüne Transformation

Noch am Tag, als die Verhandler das Weltklimaabkommen in Paris beschlossen hatten, bezeichneten sie es schon als historischen Wendepunkt. Der Moment der Wahrheit kam allerdings erst zwei Tage später: Am Montag den 14. Dezember 2015 richteten nicht mehr warme Worte der Minister über das Ergebnis von Paris, sondern die kalte, unbestechliche Reaktion der Märkte. Und die zeigten am ersten Handelstag, nachdem sich 195 Länder erstmals darauf geeinigt hatten, den Kampf gegen den Klimawandel gemeinsam anzugehen, eine klare Antwort.

Der große Verlierer nach Paris ist die Kohleindustrie. Die Aktienkurse für Kohlefirmer stürzten ab. Das weltgrößte Kohleunternehmen Peabody erlitt ein Wertverlust von 12,6 Prozent, Consol Energy einen von 3,3 Prozent. Der Chef der europäischen Kohlelobby, Brian Ricketts, beklagte unmittelbar nach Paris, dass die Vereinten Nationen die fossilen Treibstoffe nun als „Feind Nummer eins“ betrachten. Seine Industrie würde nun „gehasst und verunglimpft, genau wie früher die Sklavenhändler gehasst und verunglimpft wurden“.

Auch der Ölpreis fiel auf einen seit Jahren nicht mehr erreichten Tiefstand. Für den Klimaschutz ist dies jedoch eine schlechte Nachricht: Je billiger das Öl, desto mehr kurbelt das den Verbrauch an, desto mehr Kohlendioxid wird ausgestoßen. Der Wert des Dow-Jones-US-Öl- und Gas-Indexes stieg sogar leicht um 0,2 Prozent.

Die Mineralöl- und Gaskonzerne sehen denn auch keine unmittelbare Bedrohung im Pariser Abkommen, das immerhin zum Ziel hat, die Treibhausgasemissionen in der zweiten Jahrhunderthälfte auf null zu drücken, sondern sogar eine kurzfristige Chance. Das Kalkül: Der Gasverbrauch könnte in den nächsten Jahren ansteigen, weil die klimaschädlichere, dreckigere Kohle zuerst aus dem Markt gedrängt werden könnte. „Ein Optimist sieht in jeder Schwierigkeit eine Gelegenheit“, frohlockt Patrick Pouyanné, der Chef des französischen Ölkonzerns Total.

Die Reaktion der Märkte ist allerdings nur ein erster Fingerzeig. Aus Sicht von Sandrine Dixson-Declève von der *Prince of Wales's Corporate Leaders Group*, ein Bündnis von Unternehmen wie EDF, Coca-Cola, Philips und Unilever, werde es nicht schon in der ersten Woche nach Paris zu groß angelegten Kapitalverschiebungen kommen. „Aber der Vertrag ist ein klares Signal für die Zukunft: CO₂-intensive Anlagen sind einfach keine Option mehr“, sagt sie. „Der Zug hat den Bahnhof verlassen. Wir bewegen uns auf eine emissionsarme Wirtschaft zu. Unternehmen müssen sich nun entsprechend aufstellen – oder sie werden untergehen.“

Die Transformation der Energiesysteme

Wenn die 195 Länder das Pariser Abkommen auch nur annähernd ernst nehmen, steht uns ein Wandel der Wirtschaftssysteme bevor, den wir uns in seinem Ausmaß und seiner Geschwindigkeit heute noch gar nicht vorstellen können. Gehen die Industrieländer wie im Abkommen versprochen voran, müssten sie in den kommenden zwei, drei Jahrzehnten ihre Kohle- und Gaskraftwerke dichtmachen, ihre benzingetriebenen Autos aufgeben und ihre mit Schweröl und Kerosin betankten Schiffe und Flugzeuge auf Alternativtreibstoffe umstellen. Die Länder haben in Paris de facto eine vollständige Transformation der Weltwirtschaft beschlossen. Das, was den Industrieländern über zwei Jahrhunderte den Wohlstand gebracht hat, soll nun verschwinden: Die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas. Wer heute jung ist, könnte noch eine Welt erleben, in der die Menschen keine Emissionen mehr verursachen.

Die Herausforderung ist enorm: Derzeit bewegen wir uns auf eine 2,7 bis 3,3 Grad wärmere Welt zu, würden alle vorliegenden 188 Klimapläne auch umgesetzt. Zu viel, um den Klimawandel beherrschbar zu halten. Die Unternehmensberatung PWC hat ausgerechnet, dass sich die CO₂-Effizienz der Weltwirtschaft jedes Jahr um sechs Prozent verbessern muss, um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen. Pro Euro Wertschöpfung muss also der CO₂-Ausstoß Jahr für Jahr um sechs Prozent gedrosselt werden. Das hat noch nie ein Land geschafft – zumindest nicht über viele Jahre hinweg. Zwar hat Deutschland nach der Wiedervereinigung für mehrere Jahre eine Dekarbonisierungsrate in etwa der Höhe erzielt. Zu verdanken war das aber dem Zusammenbruch der DDR-Industrie – ein einmaliger Effekt.

Das Pariser Abkommen schwört die Welt allerdings nicht nur auf das Ziel ein, die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf 1,5 bis 2 Grad zu begrenzen und dafür so schnell wie möglich den Höhepunkt der Treibhausgasemissionen zu erreichen, sondern gibt einen ganz konkreten Pfad vor, wie dieses erreicht werden soll: Alle fünf Jahre sollen die Länder ihre – unverbindlichen – Klimapläne überprüfen und verschärfen – so lange, bis die Welt tatsächlich auf einem Unter-zwei-Grad-Pfad angelangt ist. „Das ist ein Signal an den Markt, dass sich die Länder der Welt in Richtung einer Transformation ihres Energiesystems bewegen, sich dazu verpflichten und sich nicht zurückbewegen“, sagt Todd Stern, der US-Chefverhandler auf den Klimagipfeln.

Das Abkommen tritt allerdings erst in Kraft, wenn 55 Länder, die 55 Prozent der globalen Emissionen verursachen, den Vertrag ratifizieren, und es gilt ab dem Jahr 2020. Da diese niedrige Hürde allerdings mit hoher Wahrscheinlichkeit genommen wird, dürfte der Vertrag schon in den kommenden Monaten eine Wirkung entfalten. Das Pariser Abkommen zwingt die Länder nun, Pläne zu entwickeln, die zu einem sehr schnellen Rückgang der Emissionen führen: In Deutschland steht die Diskussion um den neuen Klimaplan der Bundesregierung für das Jahr 2050 bevor; in der Europäischen Union die Reform des Emissionshandels, vielleicht auch die der Energieunion; in China

der neue Fünfjahresplan; in Kanada die versprochene Überarbeitung des Klimaplans.

Aber nicht nur in der Politik, sondern auch für Gesellschaft und Wirtschaft schreibt das Abkommen eine neue Geisteshaltung fest, ein neues Bewusstsein – und das rund um die Welt. „Die Folgen dieses Abkommens gehen weit über Regierungsmaßnahmen hinaus“, sagt Paul Polman, Chef des Lebensmittelkonzerns Unilever: „Wenn die Welt die Tatsache verinnerlicht, dass wir uns einem nie dagewesenen Projekt verschrieben haben – der Dekarbonisierung der Weltwirtschaft –, wird dies Folgen in Banken, Börsen, Aufsichtsräten und Forschungsinstituten haben. Diese Bewusstwerdung wird Billionen Dollar in Bewegung setzen.“

Die Internationale Energieagentur hat ausgerechnet, dass die Welt in den nächsten 15 Jahren 13,5 Billionen US-Dollar für ihre bisherigen Klimapläne investieren muss und weitere drei Billionen, um auf einen Zweigradpfad zu gelangen. Im Schnitt sind damit pro Jahr Investitionen von 1 100 000 000 000 Dollar erforderlich.

Dabei wird kein anderes Feld vom Weltklimavertrag stärker beeinflusst als die Energiewirtschaft. Vor dem historischen Durchbruch auf dem UN-Gipfel verstanden die meisten Länder Klimaschutz als Gefahr für ihre Wettbewerbsfähigkeit. Sie hatten Angst, mehr machen zu müssen als ihr Nachbar. Nach Paris sieht die Welt anders aus: Jetzt bemisst sich die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes an der Geschwindigkeit, mit der es seine „Energiewende“ schafft. Und zwar zu möglichst geringen Kosten.

Divestment – die neue Bewegung

Der ohnehin schon begonnene weltweite Boom der Ökoenergien wird noch mal einen deutlichen Schub bekommen. Am Montag nach der Weltklimakonferenz kletterten die Firmen im Bereich der Erneuerbaren Energien im weltweiten Solarenergie-Index MAC um 4,5 Prozent nach oben. Die Investitionen in Sonnen- und Windenergie, in Geothermie und Biogas übersteigen schon seit zwei Jahren die Ausgaben für fossile Kraftwerke. Der Generationenwechsel dürfte sich nach Paris, wo die Länder und Konzerne neue Milliardeninvestitionen in Sonnen- und Windenergie angekündigt haben, noch beschleunigen und einen sich selbst verstärkenden Prozess in Gang setzen: Je mehr Erneuerbare gebaut werden, desto billiger werden sie. Schon heute ist in vielen Ländern Solarstrom billiger als Kohlestrom. In Indien haben zwei Auktionen im November und Dezember einen Preis von 7,12 US-Cents pro Kilowattstunde Strom ergeben. Das Institut für Energieökonomie IEEFA schreibt denn auch: „Solarstrom ist ab sofort billiger als Stromerzeugung mit Importkohle.“

Mit jedem Tag, an dem die Ökoenergien ihren Siegeszug fortsetzen, verstärkt sich der Niedergang der fossilen Energien. Investitionen in neue fossile Vorkommen oder Kraftwerke lohnen sich nur noch in Ausnahmefällen.

Diesen Trend unterstützt eine Bewegung, die sich auf die Fahnen geschrieben hat, den fossilen Sektor finanziell auszutrocknen: die Divestment-

Bewegung. Etwa 500 Institutionen mit einem Vermögen von insgesamt 3,4 Billionen Dollar haben sich schon zum Abzug ihrer Gelder aus dem Kohle-, Gas- und Ölsektor bekannt. Darunter Privatleute, Universitäten, Versicherungen und Städte. „Wir müssen die fossilen Investitionen jetzt beenden“, hatte Steven Heinz, der Präsident der mit 860 Mio. Dollar notierten Rockefeller-Stiftung, auf der UN-Klimakonferenz in Paris gefordert. 3,4 Billionen Dollar, das entspricht fast dem bundesdeutschen Bruttoinlandsprodukt. Allerdings hat die Zahl einen kleinen Schönheitsfehler: Manche der Institutionen haben nur einen Teilabzug der Gelder angekündigt – die 3,4 Billionen Dollar stellen also das Vermögen der 500 Institutionen dar, nicht die Summe, die dem fossilen Sektor tatsächlich entzogen wurde.

Auch hierzulande ist die Bewegung angekommen: Im November hatte der Münchner Versicherer Allianz erklärt, keine Gelder mehr ins Kohlegeschäft zu stecken und langfristig die bisherigen Investitionen in die Kohle abzubauen. Die Allianz ist der weltgrößte Versicherer und einer der fünf größten Finanzinvestoren der Welt. „Das ist ein wirklicher Kulturwandel in Deutschland“, sagt Pascal Canfin, der frühere Entwicklungsminister Frankreichs und heutige Chefberater am World Resources Institute in Washington.

Anfang November hatte die Stadt Münster ihren Abzug von Kapital aus klimaschädlichen Industrien beschlossen. Auch die schwedische Stadt Uppsala, der niederländische Pensionsfonds PFZW, die London School of Economics sowie die protestantische Kirche in Hessen und Nassau erklärten sich dazu bereit. Ebenso haben viele der einflussreichsten Konzerne versprochen, ihre Investitionen weg von den fossilen hin zu den erneuerbaren Energien zu verlagern. Investoren wie der norwegische Pensionsfonds oder die französische Geschäftsbank BNP Paribas haben angekündigt, ihre Wertpapierbestände auf Dekarbonisierung auszurichten.

Moral und Wirtschaftlichkeit

Der Erfolg der Divestment-Bewegung hat nicht nur moralische Gründe, sondern auch wirtschaftliche. Viele Investoren fürchten, dass ihre Gelder wertlos werden könnten. Der Grund: Ratingagenturen schätzen die Aktien der Kohle-, Öl- und Gasförderung als heillos überbewertet ein. Machen die Staaten der Welt mit dem Klimaschutz Ernst und erlassen Vorgaben, um die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, darf ein Großteil der fossilen Reserven nicht mehr gefördert werden. Forscher gehen von einem Drittel aller geschätzten Ölreserven, der Hälfte der Gasvorkommen und 80 Prozent der geschätzten Kohlevorräte aus.

In den Börsenkursen der Energiekonzerne sind diese Kohle-, Gas- und Öl-Reserven aber mit „eingepreist“. Können sie nicht mehr gefördert werden, verlieren die Firmen deutlich an Wert. Aus Angst vor dieser „Kohlenstoffblase“ ziehen nun viele Investoren ihre Gelder ab. Dadurch können dann auch Banken in Mitleidenschaft gezogen werden, die Kredite an die Energiewirtschaft vergeben oder Aktien der Multis als Sicherheit akzeptiert

haben. Aus diesem Grund hat die G20 in Paris die Einrichtung einer Task Force bekannt gegeben, die „systemische Risiken“ für das Finanzsystem untersuchen soll.

Die Finanzmärkte sind zentral für die große Wende. Diese müssen die erforderlichen Billioneninvestitionen zu günstigen Konditionen finanzieren. Dafür haben sie in den vergangenen Jahren neue Instrumente geschaffen: Wer Solar- oder Windkraftwerke baut, kann etwa „grüne Anleihen“ herausgeben – den größten Markt dafür gibt es inzwischen in China. Die „grünen Anleihen“ sind bei institutionellen Anlegern gefragt, da sie einen doppelten Gewinn versprechen: Zinsen und ein besseres Gewissen. Entwickler von Ökoenergiekraftwerken können diese mittlerweile auch leicht an die Börse bringen. Wenn die Anlage am Netz ist und ein langfristiger Liefervertrag mit einem Großkunden besteht, liefern Kraftwerke eine beständige Rendite bei sehr geringem Risiko. Das macht sie für Versicherungen oder Pensionskassen interessant, die mit ihren Staatsanleihen heute kaum noch Geld verdienen. Kraftwerkentwickler bündeln daher einige Anlagen in sogenannten Yieldcos und bringen sie an die Börse, um sich Geld für den Bau neuer Kraftwerke zu verschaffen.

Ein aktuelles Beispiel für die Umlenkung von gewaltigen Finanzströmen: Bis 2025 will das Geldhaus Goldman Sachs 150 Mrd. Dollar in emissionsarme Energien investieren. Morgan Stanley oder die holländische Ing-Diba wollen nachziehen.

Es wird Zeit brauchen, damit die Menschen auf der ganzen Welt verstehen, was ihre Vertreter da in Paris beschlossen haben. Nicht nur die Märkte müssen die Bedeutung des Pariser Abkommens verinnerlichen und anschließend Billionen Dollar an Investitionen neu ausrichten. Auch die Öffentlichkeit – und damit jeder Einzelne – muss sich darüber klar werden: Es geht nicht mehr länger um das Einsparen von Treibhausgasen – es geht um deren komplette Abschaffung. Für Deutschland heißt das: Es geht nicht mehr um die Verrentung von ein paar alten Kohlekraftwerken – es geht um den kompletten Kohleausstieg. Das Pariser Abkommen setzt für all das einen Fahrplan und eine klare Botschaft: Wir sollten den Klimawandel nicht länger als diffuse Bedrohung wahrnehmen, sondern als ein Problem, für das es eine Lösung gibt: die vollständige Transformation der Weltwirtschaft.